

# Der Zentral-Arbeiter

Schulung und Geschäftshaus: Berlin D 24, Kriegerstr. 8/9  
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1078 und 1262. — Die Zeitung  
erschließt jeden Freitag  
Telegraphische Adressen: Zentral-Arbeiter Berlin

Verzinkt selbst ihr nichts — Verzinkt alles!

Anzeigen- und Werbungsgebühren sind an Otto Jahnke, Berlin D 34  
Kriegerstr. 8/9 (Postfachkonto 5326), zu richten. — Bezugs-  
preise nur durch die Post. Vierteljährlich 6 M.,  
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreispaltige Zeile.

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

**Inhalt:** Zum sozialen Frieden. — Die sozialdemokratische Partei für den Volkssenscheid. — Zur Arbeitslosenfrage. — Der Weg von der Wohnung zur Fabrik. — Zur Handelspolitik. — Brautentwurf. — Die Gortchij-Regierung gegen die Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Aus den Gewerkschaften. — Berichte aus Frankreich. — Literatur. — Mitteilung der Redaktion. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Kreuzgang der Liebe. — Der Floh. — Massenbewusste Flühe.

in qualitativer wie auch in quantitativer Hinsicht. Diese wirtschaftlichen Höchstleistungen sind notwendig, um dem Wettbewerb der industriellen Staaten auf dem Weltmarkt nicht zu unterliegen. Es bedarf gar keiner Frage, daß, wenn die Unternehmer mehr Verständnis in der Lohnfrage, sowie auch für die sozialen Erfordernisse der Arbeiterschaft gegenüber aufbringen würden, daß auch die Einstellung der Arbeiterschaft eine ganz andere sein würde als gegenwärtig. Man kann doch nicht gut von der Arbeiterschaft Gemeinnutz in der höchsten Potenz fordern, wenn das Unternehmertum über den Gemeinnutz den Profit stellt, und daß daneben der Profit von Reich und Staat in jeder Beziehung gefördert, geschützt und gestützt wird. Man kann von der Arbeiterschaft nicht die Selbstopferung im kapitalistischen Interesse verlangen. Es ist unstrittig richtig, daß zur Hebung unserer Gesamtwirtschaft persönliche Einsicht und willige Einordnung erforderlich ist. Der Gemeinschaftsgedanke steht aber die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in der Wirtschaft voraus. Wo besteht aber gegenwärtig diese Gleichberechtigung? Nirgends! Solange die Unternehmer den „Herrn-im-Hause“-Standpunkt in der stärksten Form hervorheben, der Arbeiterschaft die wenigen Rechte aus dem Betriebsrätegesetz streitig machen, und die Wirtschaftskrise benützen, um denen, die die Interessen der Arbeiterschaft im Betriebe vertreten haben, fähig zu lassen, wie dies gegenwärtig allgemein geschieht, daß sie gegen die Herrenrechte des Unternehmertums verstoßen haben, solange kann selbstverständlich eine geistige Umstellung der Arbeiterschaft nicht erfolgen. Die geistige Einstellung der Arbeiterschaft ist eine Folge der Handlungen der Unternehmer und der Tendenzen, die sich aus dem Kapitalismus ergeben. Deshalb kann sich eine solche geistige Umstellung nur in der Weise vollziehen, indem auf der anderen Seite ebenfalls Wandlungen vor sich gehen.

Enteignung der Fürstenthümer eintritt. Wir wollen uns vorerst auf diese Mitteilung beschränken, um zu gegebener Zeit erneut auf die Angelegenheit hinzuweisen.

### Zur Arbeitslosenfrage.

In einem Artikel „Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit“ in Heft 1 vom 15. Januar 1926 der Zeitschrift „Die Arbeit“ weist Franz Splitt auf die fürchterliche Arbeitslosigkeit hin. Er schreibt u. a.: „Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt am Jahresende eine Verschlechterung, deren Ausmaß auch diejenigen überrast, die schon frühzeitig, als niedrige, weiter sinkende Arbeitslosenziffern und andere verheißungsvolle Symptome Zeugnisse für eine endlich stabilere Wirtschaftsentwicklung zu sein schienen, auf die unvermeidbar kommenden ersten Störungen der deutschen Wirtschaft hinweisen. Der Witz ist steiler und tiefer als in den Krisen, die wir seit Kriegsende durchlebten. Nur in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 wurde durch den Zusammenbruch der Währung die Zahl der Erwerbslosen von der gegenwärtigen Krise überboten. Von der Schwere der jetzigen Erschütterung des Arbeitsmarktes zeugt ein Vergleich der Zahlen der unterstützten Arbeitslosen. An der Jahreswende 1918/19, unmittelbar nach dem Zusammenbruch, betrug die Zahl der Erwerbslosen etwa eine Million. Die Zahl der Unterstützten senkte sich im zweiten Halbjahr 1919 auf etwa eine halbe Million. Sie schwankte im Jahre 1920 zwischen 300 000 und 400 000, im Jahre 1921 zwischen 150 000 und 200 000, im Jahre 1922 zwischen 120 000 und 200 000. Das Jahr 1923 begann mit 85 Unterstützten und schwankte im zweiten Drittel zwischen 150 000 und 270 000. Mit der Währungsnotkatastrophe stieg die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Oktober auf eine Million, im Dezember auf anderthalb Millionen, um bei Beginn des Jahres 1924 auf 1 540 000 Unterstützten die Höchstmarke zu erreichen. Bei diesen Zahlen bleibt allerdings infolge des Ruhrkampfes seit März 1923 das besetzte Gebiet außer Rechnung. Abgesehen von den ersten Monaten 1919 und der Krise Ende des Jahres 1923 mit ihrem Aufschwung in den ersten Monaten 1924, stellte bisher die Zahl von 500 000 bis 600 000 unterstützten Erwerbslosen die Höchstmarke der Krisen des Arbeitsmarktes seit Kriegsende dar, und zwar Ende 1919 und zweite Hälfte 1924.“

### Zum sozialen Frieden.

Unter dieser Ueberschrift hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in einer besonderen Auflage zu ihrer Weihnachtnummer eine Reihe von Aufsätzen von Führern der Unternehmer und der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht, unter welchen der bekannte süddeutsche Großindustrielle Robert Bosch über: „Die Pflicht des Führers“ sehr bemerkenswerte Ausführungen machte. Bosch weist in seinem Aufsatz darauf hin, daß der Amerikaner stolz sei auf eine möglichst hohe Leistungsfähigkeit, währenddem der Deutsche sich gegen eine Erhöhung der Produktion stemme. Bosch urteilt aber richtig, wenn er weiter sagt, daß der einzelne deutsche Arbeiter mit seiner Leistung nicht zurückhalte, er sei im Gegenteil fleißig und wolle gut verdienen. Er wisse aber aus Erfahrung, daß er eine Herabsetzung des Stücklohnes gewärtigen müsse, wenn er über einen gewissen Verdienst hinauskommt. An der Festhaltung einer gewissen Verdienstgrenze der meisten Unternehmungen liege ein Fehler, weil dabei übersehen werde, daß die Mehrarbeit auch den Mehrverdienst bringt und daß der Arbeiter schließlich ausrechnen könne, wieviel er ohne Lohnkürzung erzeugen dürfe. Diese Zurückhaltung führt daher zu einer geringeren Leistung des Wertes im ganzen. Bosch ist davon überzeugt, daß in der Tat durch den Fortfall der stetigen Lohnkürzungen die Unruhe vermieden wird und der gutgehaltene Arbeiter zufriedener, sorgloser und arbeitsfreudiger sei.

Die letzten Monate haben eine Fülle von Material geliefert darüber, wie die Unternehmer die Arbeiterschaft, die nichts weiter getan hatte, als ihre Rechte gegenüber den Unternehmern, zu wahren, durch Entlassungen bestraft haben. Durch dieses Verhalten der Unternehmer wird der Haß geschürt. Haß, der nicht mit guten Worten wieder beiseite geworfen kann. Soll eine geistige Erneuerung eintreten, dann muß die Unternehmerschaft mehr dem Zug der Zeit folgen und in dem Arbeiter nicht mehr den dienenden Knecht erblicken, sondern den gleichberechtigten Menschen innerhalb der Wirtschaft. Bloße Lebensarten können hier nicht helfen, sondern die Tat. Uns fehlt der Glaube, daß eine geistige Erneuerung durch bloßes Zureden herbeigeführt werden kann. Die geistige Erneuerung wird ein Ergebnis des Kampfes mit der Entwicklung sein. Es ist ein langwieriger, ein steiniger und mit Hindernissen bestückter Weg, der zu beiden Seiten Opfer im größten Ausmaß zurücklassen wird. Die Entwicklung selbst wird diesen neuen Geist, den die neue Wirtschaft gebieterisch fordert, erzeugen. Daß die Einsicht leider nur weniger Unternehmer bei dieser Entwicklung nicht zu unterschätzen ist, soll anerkannt werden.

Bosch hat recht.

Die Textilarbeiter können über die Kürzung der Akkordverdienste ein Liedchen singen, dessen rauhe Melodie den sogenannten Wirtschaftsführern kein besonderer Ohrenschmerz sein dürfte. Seit Jahren kämpfen die Textilunternehmer gegen die angeblich zu hohen Akkordverdienste. Die gegenwärtige Wirtschaftskrisis glauben die Textilunternehmer hemmungslos in der rücksichtslosesten Weise, ohne die tariflichen Bindungen zu respektieren, zur Kürzung der Akkordverdienste auszunutzen zu können. Die Gauseitung Stuttgart des Deutschen Textilarbeiterverbandes ist gezwungen gewesen, erst in den letzten Tagen durch Rundschreiben auf dies tarifwidrige Verhalten der Unternehmer hinzuweisen und auch den Unternehmerverband davon zu unterrichten. Aber auch in anderen Bezirken haben wir zu wiederholten Malen dieselben Feststellungen machen müssen. Die Unternehmer in Schlessien, Sachsen und anderwärts haben Akkordverdienste mit dem Hinweis gekürzt, daß sie gegenüber den Zeittelöhnen zu hoch seien. Ein angesehenen führenden bayerischer Textilindustrieller ließ sich einmal zu dem Auspruch in Gegenwart von Arbeitervertretern hinreißen: „Diese Akkordschweineerei muß endlich einmal aufhören.“ Er vertrat ebenfalls den unbegreiflichen Standpunkt, daß die Akkordverdienste gekürzt werden müßten, soweit diese nicht mehr im Einklang mit den Zeittelöhnen ständen. Diese Auffassung über die Akkordlöhne ist wohl Allgemeinut der Unternehmer. Sie fürchten, daß hohe Akkordverdienste den Antrieß für höhere Zeittelohnforderungen der Arbeiterschaft bilden. In dem deutschen Unternehmertum ist aber die Scheu, den Leistungen entsprechende Löhne zu zahlen, so stark ausgeprägt, daß sie lieber eine ganze Industrie zugrunde gehen lassen, ehe sie sich von dieser verkehrten Anschauung abbringen lassen. Die Löhne möglichst niedrig zu halten, ist den Unternehmern geläufiger als jede andere Lebensregel. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Einstellung der Unternehmer zur Lohnfrage jedes Streben nach Höchstleistung vernichten muß. Die Unternehmer wiegen sich noch vielfach in dem Glauben, daß die Not der beste Antrießer sei und vergessen dabei, daß an die Arbeiterschaft durch die Kompliziertheit der Arbeit Anforderungen gestellt werden, die eine auf die niedrigste Lebensstufe gedrückte Arbeiterschaft nicht zu leisten vermag. Lohn und Leistung müssen sich in einer hoch entwickelten Industrie ergänzen. Die Hebung der Arbeiterschaft durch einen hohen Lohn findet in einer hohen Leistung seinen Ausdruck, weil die manuelle Leistungsfähigkeit mit der Lohnfrage im innigen Kontakt steht. Hierfür gibt es in der Geschichte, namentlich in der englischen Industrie zahlreiche Beispiele.

Infolge der weltwirtschaftlichen Entwicklung der Industrie muß sich die deutsche Textilindustrie mehr als bisher auf Qualitätsarbeit und Qualitätsleistung umstellen. Dies bedingt aber auch gleichzeitig, die Arbeiterschaft für diese höheren Leistungen zu erziehen. Durch technische und betriebsorganisatorische Leistungssteigerungen allein wird man einen Ausglei ch nicht herstellen können. Es ist daher eine Aufgabe von höchster Wichtigkeit, die soziale Stellung der Arbeiterschaft den von ihr geforderten höheren Leistungen anzupassen. Von einer Arbeiterschaft, die auf die niedrigste Lebensstufe gedrückt ist, kann man keine besonderen Leistungen fordern, ihr körperlicher und seelischer Zustand ist nicht dafür geeignet. Der wirtschaftliche Druck, die Sorge um das bloßen Leben beengt und beeinträchtigt sie in allen ihren Handlungen und vornehmlich in der Arbeitsleistung. Nicht nur die Lohnfrage allein, sondern die soziale Stellung der Arbeiterschaft überhaupt, spielt bei der Lösung der zukünftigen wirtschaftlichen Probleme eine ebenso bedeutende Rolle, wie die technischen und betriebsorganisatorischen Fragen.

Die Lage Deutschlands erfordert die Anstrengung von allen gemeinsamen wirtschaftlichen Höchstleistungen, vor allen Dingen

### Die Sozialdemokratische Partei für den Volkssenscheid.

#### Enteignung der Fürstenthümer.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß trat am Dienstag in Berlin zusammen, um sich mit der Frage der Fürstenthümermögen zu beschäftigen. Er kam zu folgendem Beschluß:

Der Parteiausschuß ist der Auffassung:

Der Parteivorstand soll den vom Rechtsausschuß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die entschädigungslose Enteignung der früher regierenden Fürsten entsprechend den in der Beratung des Parteiausschusses vorgebrachten Gesichtspunkten vervollständigen und zwecks Herbeiführung eines Volkssenscheides einreichen.

Der Gesetzentwurf der Kommunisten ist insbesondere infolgedessen unzureichend, als

1. nicht ausgesprochen ist, daß die näheren Bestimmungen über die Art der Verwendung des enteigneten Vermögens durch ein innerhalb bestimmter kurzer Frist zu erlassendes Reichsgesetz getroffen werden sollen,
2. nicht beachtet ist, daß bei der Verwendung des enteigneten Vermögens auch die bedürftigen Opfer der Inflation zu berücksichtigen sind.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird ersucht, sofort als vermittelnde Instanz einzugreifen, um zu erreichen, daß nur ein Gesetzentwurf zum Volksbegehren und Volksentscheid gebracht wird. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist zu dieser Vermittlung berufen, weil es sich auch um wichtige sozialpolitische Fragen handelt und alle in Betracht kommenden politischen Richtungen in den Gewerkschaften vertreten sind.

Die Aktion für Volksbegehren und Volksentscheid wird von jeder beteiligten Organisation selbständig geführt für das gemeinsame Ziel der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten.

Nach diesem Beschluß ist die Frage der Fürstenabschöpfung in ein anderes Fahrwasser gekommen. Es dürfte wohl möglich sein, wenn die Kommunisten nicht allein einen agitatorischen Zweck mit ihrem Antrag verfolgen, zu einer Einigung zu gelangen. Aus diesen Gründen heraus ist es notwendig, daß unsere Mitglieder der Weiterentwicklung dieser Angelegenheit Aufmerksamkeit schenken, damit sie dann, wenn sie aufgerufen werden, zunächst für das Volksbegehren, sie dieses unterstützen. Schon beim Volksbegehren muß sich zeigen, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit für die

Im Jahre 1925 entwickelte sich der Arbeitsmarkt bis zum Juli recht günstig, zeigt dann von da an bis zum Oktober eine verhältnismäßig geringe Verschlechterung, um im November und Dezember in einem jähen Sturz abzusinken. (Siehe nachfolgende Tabelle.)

Zahl der durch die Erwerbslosenfürsorge Unterstützten	Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden (Proz. der Mitgl.)	Volkserwerbslos unter Kurzarbeit.	
15. Januar . . . . .	588 186	Ende Januar . . . . . 8,1	5,5
15. Februar . . . . .	575 243	„ Februar . . . . . 7,3	5,3
15. März . . . . .	514 576	„ März . . . . . 5,8	5,1
15. April . . . . .	398 287	„ April . . . . . 4,3	4,0
15. Mai . . . . .	274 091	„ Mai . . . . . 3,6	5,0
15. Juni . . . . .	214 210	„ Juni . . . . . 3,5	5,2
15. Juli . . . . .	198 067	„ Juli . . . . . 3,7	5,8
15. August . . . . .	200 675	„ August . . . . . 4,3	6,0
15. September . . . . .	251 271	„ Septbr. . . . . 4,5	8,5
15. Oktober . . . . .	297 628	„ Oktober . . . . . 5,8	12,4
1. November . . . . .	368 019	—	—
15. November . . . . .	478 333	„ Novbr. . . . . 10,7	16,0
1. Dezember . . . . .	673 315	—	—
15. Dezember . . . . .	1 057 031	—	—

Bis zur Mitte des Jahres sinkt die Zahl der Unterstützten bis auf weniger als 200 000. Sie steigt bis zum November langsam, um dann in der letzten November- und ersten Dezemberhälfte in ganz steiler Kurve auf über eine Million zu steigen. Damit ist, immer abgesehen vom Ende 1923, die je erreichte höchste Zahl von unterstützten Erwerbslosen erklommen. 5,6 Proz. aller Krankenkassenmitglieder, 17,9 pro Tausend der deutschen Gesamtbevölkerung waren am 15. Dezember als erwerbslos unterstützt. Die Ziffern für den Dezemberabschluss liegen noch nicht vor. Soweit Einzelzahlen erreichbar waren, zeigen sie ein starkes weiteres Ansteigen. Die Gesamtzahl der Volkserwerbslosen übersteigt die Zahl der Unterstützten beträchtlich. Um wieviel ist leider nicht klar ersichtlich. Die Zahlung der Gewerkschaften ergab für Ende November, daß 10,7 Proz. der Mitglieder voll erwerbslos waren. Uebertragen auf die 15 bis 16 Millionen gewerblicher Arbeiter und Angestellten in Deutschland, ergibt eine Gesamtarbeitslosigkeit von 1,5 bis 1,6 Millionen Menschen. Bis zum 15. Dezember ist die Zahl der Unterstützten gegen Ende November um rund 56 Proz. gestiegen. Steig die Zahl der Nichtunterstützten im gleichen Maße, so dürfte die Gesamtzahl der Erwerbslosen auf weit über zwei Millionen gestiegen sein. Aber die Zahl der Volkserwerbslosen zeigt noch nicht klar den Arbeitsmarkt. Es muß daneben der Umfang der Kurzarbeit beachtet werden. Trotzdem dem Kurzarbeiter eine Unterstützung für die ausfallende Arbeitszeit nicht gewährt wird, findet der Arbeitsmarkt gerade im Umfang der Kurzarbeit seinen typischen Ausdruck. Die obige Zusammenfassung zeigt, daß die Zahl der Erwerbslosen Ende Juni am tiefsten liegt, die der Kurzarbeiter jedoch bereits Ende April. Während sich der Arbeitsmarkt, gemessen an der Zahl der Volkserwerbslosen, noch weiter verbessert, zeigt das Steigen der Kurzarbeiterzahl schon zwei Monate vorher den Umschlag an. Die Zahlen der Kurzarbeiter steigen in den nächsten Monaten ab und relativ stärker als die der Volkserwerbslosen. Sie erreichen Ende November 16 Proz. aller Mitglieder der Gewerkschaften. Das bedeutet, daß rund 2 1/4 Millionen deutscher Arbeiter verfürzt arbeiten. Am Jahresabschluss, für den genaue Zahlen noch nicht vorliegen, war sicher mindestens ein volles Drittel aller Arbeiter und Angestellten völlig oder teilweise erwerbslos.“

Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich in einer furchtbaren Lage. Die gegenwärtige Krise übersteigt in ihren Auswirkungen alle bisher in der Geschichte vorhandenen Beispiele. Diese furchtbare Krise ist die Folge einer verfehlten Politik, die mit der Regierung Cuno durch die Ruhrpolitik ihren Anfang nahm und in dem Zölltarif der ersten Regierung Luther ihren vorläufigen Abschluß fand. Wir müssen deshalb mit allem Nachdruck von der Regierung ausreichende Unterstützung der Opfer, soweit sie nicht in der Lage ist, Arbeit zu beschaffen, fordern. Die Regierung hat seinerzeit den Ruhrindustriellen ein Geschenk von 700 Millionen Mark gemacht. Gegenüber den Ansprüchen der ebensolchen Fürsten hat sie noch nicht zu erkennen gegeben, daß sie deren unverzügliche Forderungen abzulehnen gedenkt. Der geringste Arbeiter hat schließlich für sein Land immerhin mehr geleistet, als die Ehemaligen von „Gottes Gnaden“ zusammen genommen, die doch schließlich nichts anderes waren, als überflüssige Kostgänger. Es darf nicht ausbleiben, daß die Arbeiterschaft allein das Opfer einer verfehlten Politik wird. Die bisherigen Unterstützungsätze reichen in keiner Weise aus, um den Erwerbslosen den notwendigen Lebensunterhalt sicherzustellen, wie es der Artikel 163 der Reichsverfassung verlangt. Die bisherigen Unterstützungsätze betragen für Berlin für un-



erhöhten Zollsätze, angeblich vor allem fiskalischen Zwecken dienen sollen.

Damit zeigt sich, daß die konservative Regierung in Holland den autonomen Zoll vor allem als Finanzzoll gelten lassen möchte.

Holland hat damit seinen alten freihändlerischen Standpunkt verlassen. Die Erhöhung seiner Zollpositionen bringt eine sogenannte Ausbalancierungsmaßnahme gegenüber den stark erhöhten deutschen Zollsätzen.

Holland lieferte bisher 75 Proz. seiner landwirtschaftlichen Produktion nach Deutschland. Auf der anderen Seite zeigt die deutsche Außenhandelsstatistik, daß dafür Deutschland, vor allen Dingen Textilien, Gewebe und Kleidungsstücke, nach Holland verkaufte.

Wertvoll ist die Tatsache, daß im Jahre 1924 Deutschland für fast 14 Millionen Fl. Damentonfektion nach Holland einführte, während andererseits die Ausfuhr Hollands nach Deutschland in derselben Warengattung nur 740 000 Fl. betrug.

niederländischen Zolltarif besonders scharf in den Positionen 41, 51, 53, 67, 123 und vor allem in der Position 85 zum Ausdruck kommt.

Die außerordentliche Bedeutung der Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen mit den Ländern, die als Absatzländer für Textilien in Frage kommen, läßt eine Zusammenfassung in „Wirtschaft und Statistik“ erkennen.

Abfah von Textilien im 1. Halbjahr 1925. In Millionen Reichsmark.

Alle Länder . . . . . 651,5 90,1 457,9 103,5

darunter:

Table with 4 columns: Länder, Textilien (in Mio.), davon (Garn, Gewebe), Kleidung und Wäsche. Rows include Niederlande, Großbritannien, N. St. von Nord-Amerika, Polen, Tschechoslowakei, Schweiz, Italien, Dänemark, Oesterreich, Schweden, Belgien, Frankreich, Spanien, Norwegen, Japan.

Die Handelsbeziehungen mit Holland beweisen in prägnanter Klarheit, welche außerordentlich wichtigen Interessen der Arbeiterschaft bei den Handelsvertragsabschlüssen auf dem Spiele stehen.

Gemeinsam freudt du dich der Tat. Ein zweiter kommt, sich anzuschließen. \* FRAUENTEIL \* Mitmachen will er, mitzugehen; Verbotsrecht so für Kraft und Red.

Das neue Strafrecht und die Frauen.

Was als Recht oder Unrecht der Menschen gilt, wird nach dem kulturellen Erleben eines Volkes immer verschieden sein.

Das bis jetzt in Deutschland geltende Strafrecht hat durch die Entwicklung Schiffbruch gelitten, es soll durch ein anderes ersetzt werden.

Die Statistik zeigt, daß die Kriminalität bei beiden Geschlechtern sehr stark durch die jeweilige Wirtschaftslage beeinflusst wird.

Die Statistik zeigt, daß die Kriminalität bei beiden Geschlechtern sehr stark durch die jeweilige Wirtschaftslage beeinflusst wird.

Manches andre in dem Entwurf spricht dafür, daß man anscheinend mehr Milde walten lassen will.

Wichtig ist folgende Bestimmung des neuen Entwurfs: Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet, wird mit Gefängnis bestraft.

3. Das Ausstellen von Empfindnis verhebenden Mitteln ist nur dann verboten, wenn es in Anstand und Sitte verletzender Art geschieht.

mal der Bescholtenheit aus dem Gesehntwurf herausgelassen wurde. Es wird nunmehr ein Mann bestraft, wenn er ein Mädchen verführt hat.

Das ist in kurzem Auszug das für Frauen Wichtigste des neuen Strafrechtsentwurfs.

Es ist für die Arbeiterinnen von höchster Bedeutung, Aufklärung über diese wichtigen Dinge zu verbreiten.

Hiervon waren: 27 Vortragsabende, 9 Diskussionsabende, 10 Sitzungen örtlicher Kommissionen, 3 Sitzungen der zentralen Kommission, 1 zentraler Agitations- und Unterhaltungsabend.

Die Vortragsabende waren folgende: Wohlfahrtspflege für Arbeiterinnen im Betrieb; Zweck und Aufgaben unserer Arbeiterinnenbildung.

Die Vortragsabende waren folgende: Wohlfahrtspflege für Arbeiterinnen im Betrieb; Zweck und Aufgaben unserer Arbeiterinnenbildung.

Die Vortragsabende waren folgende: Wohlfahrtspflege für Arbeiterinnen im Betrieb; Zweck und Aufgaben unserer Arbeiterinnenbildung.

Die Vortragsabende waren folgende: Wohlfahrtspflege für Arbeiterinnen im Betrieb; Zweck und Aufgaben unserer Arbeiterinnenbildung.

Die Vortragsabende waren folgende: Wohlfahrtspflege für Arbeiterinnen im Betrieb; Zweck und Aufgaben unserer Arbeiterinnenbildung.

Die Vortragsabende waren folgende: Wohlfahrtspflege für Arbeiterinnen im Betrieb; Zweck und Aufgaben unserer Arbeiterinnenbildung.

Reichsverbände der deutschen Industrie durch Kartellierungen verschärfte Unternehmertum. Das beste Mittel, das theoretisch gegebene Mitbestimmungs- und Mitbestimmungsrecht praktisch zu erwerben, schafft sich die deutsche Arbeiterklasse durch die Stärkung ihrer gesellschaftlichen Macht in starken wirtschaftlichen Organisationen.

Die Horthy-Regierung gegen die Gewerkschaften.

Von Alexander Baciu.

Nationalversammlung und Regierung, die angesichts der in Folge Leuzung, Arbeitslosigkeit und mangelnden Sozialpolitik verurteilten trostlosen Verelendung ein vollkommenes Abgestumpftsein an den Tag legen, begünstigen geradezu das gegen die Gewerkschaften beständige Regressieren, anstatt, wie dies heute schon in ganz Europa geschieht, deren kulturellen Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern.

Die Gewerkschaften sind heute überall als wirtschaftliche Faktoren und kulturelle Institutionen anerkannt, nur eben bei uns nicht, wo einzelne Ministerien planmäßige Maßnahmen derselben als eine ihrer Hauptaufgaben erachten.

Die Gewerkschaften stehen in ständigem Kampf um die zu erleichternden und zu verbessernden Lebensbedingungen der Arbeiterschaft.

Die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten v. J. Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt; obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten v. J. Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt; obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten v. J. Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt; obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten v. J. Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt; obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten v. J. Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt; obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten v. J. Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt; obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten v. J. Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt; obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten v. J. Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt; obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten v. J. Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt; obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten v. J. Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt; obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten v. J. Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt; obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten v. J. Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt; obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre.

Aus der Textilindustrie.

Zusammenschluß des Lohnwerkes in der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Erfurt. (Eigenbericht.) Am 16. bis 18. Januar fand in Erfurt die konstituierende Reichskonferenz des Reichsverbandes des Lohnwerkes der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie statt.

Als Vertreter der Textilfachgruppe im Verband Deutscher Industrieller war der bekannte Syndikus Dr. Klau erschienen.

Die Mitglieder des Verbandes dies sicher auch gern tun würden, so stehen dem doch zurzeit eine ganze Menge Schwierigkeiten entgegen.

